

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Fax für Redaktionszettel: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.
Verständlich in Dresden und Vororten bei einmaliger Zahlung...
Redaktion nur mit deutlicher Aufschrift („Dresdner Nachr.“) möglich.

Schließung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38-40.
Druck u. Verlag von Siepich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Ronto 19 395 Leipzig.

Vor dem endgültigen Friedensschluß.

Ratifikation und Nationalversammlung.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)
Weimar, 8. Juli. Der Nationalversammlung ist heute morgen der Gesandtschaft zur Ratifikation des Friedensvertrages zugegangen.
In der am Sonnabend vormittag stattfindenden Vollversammlung der Nationalversammlung wird die Beschlusfassung über die Gesandtschaftsberichte erfolgen. Der Minister des Auswärtigen, Herrmann Müller, sowie der Ministerpräsident Bauer werden längere Erklärungen dazu abgeben, und die einzelnen Parteien werden ihre Stellung dazu klarlegen lassen. Sodann wird das Haus der Ratifikation zustimmen. Darüber wird eine Urkunde angefertigt werden, die der Reichspräsident Ebert unterschreibt. Nach der Unterzeichnung wird der Inhalt dieser Urkunde nach Versailles telephoniert werden, und damit ist von Seiten des deutschen Volkes alles geschehen, was es zur Befestigung seiner Schmach tun kann.
Weimar, 8. Juli. Die Zustimmung des Staatsenausschusses zur Ratifikation des Friedensvertrages, die am gestrigen Tage ausgesprochen worden ist, ist, wie wir zuverlässig erfahren, einstimmig erfolgt.

Das Ende der Blockade.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Amsterdam, 8. Juli. „Daily Mail“ meldet: Das Reichsamt gab heute, das ist, so fern bis Donnerstagabend die Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland angeht, die Blockade gegen Deutschland am Sonnabend früh in vollem Umfang aufgehoben werden.
Amsterdam, 8. Juli. In London sind seit Freitag zum ersten Male seit Kriegsausbruch wieder Versicherungen für Transporte nach deutschen Häfen angenommen worden.
Amsterdam, 8. Juli. Dem „Alg. Handelsbl.“ zufolge scheint der holländischen Regierung offiziell der Wunsch der Alliierten mitgeteilt worden zu sein, bei der Aufhebung der Blockade, d. h. nach erfolgter Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland, die zwischen den Alliierten und den Niederlanden abgeschlossenen Übereinkommen mit Ausnahme der finanziellen aufzuheben. Es ist zu erwarten, daß die Aufhebung des Übereinkommens auf der Grundlage vollkommener Handelsfreiheit auf beiden Seiten stattfindet, so daß zunächst keine Bedingungen bezüglich des Handels mit Deutschland gestellt werden.
Die diplomatischen Beziehungen zu England.
Amsterdam, 8. Juli. (Reuter, Unterhaus.) Harmdworth erklärte, die britische Regierung erwäge die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland zu einem frühen Zeitpunkt nach der Ratifikation des Friedensvertrages.

Das Revirement im Auswärtigen Amt.

Berlin, 7. Juli. Die angekündigten Veränderungen über das bevorstehende Revirement im Auswärtigen Amt und über die Besetzung verschiedener Posten sollen am Mittwoch beginnen.

Die Zukunft des Reichskolonialamts.

Berlin, 8. Juli. Wiederholt ist in den letzten Tagen die Reduktion der Reichskolonialamts durch die Presse gegangen, daß das Reichskolonialamt unmittelbar vor der Auflösung stehe. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, eilt die Nachricht zum mindesten den Tatsachen voraus. Das Reichskolonialamt hat noch eine Reihe wichtiger Aufgaben zu lösen. Dann sollen, wie wir weiter hören, Verhandlungen zwischen dem Reichskolonialamt als Behörde bestehen zu lassen und ihm nur einen anderen Vorkreis ausstellen.

Politische Amnestie für Polen und Westpreußen.

Dank den Verhandlungen des Bromberger deutschen und polnischen Volksrates mit dem obersten polnischen Volksrat in Polen sind die Internierungen, welche in der letzten Zeit namentlich in der Stadt Polen in bedenklichem Umfang bei den Deutschen vorgenommen und als polnische Gegenmaßnahmen gegen die Internierungen von Polen in Oberschlesien durch Deutsche bezeichnet wurden, eingeleitet worden. Die bisher Internierten werden freigelassen, vorausgesetzt, daß deutscherseits gleichzeitig die Internierten freigegeben werden. Für alle diejenigen, die als Führer des Deutschtums in den letzten Monaten hervorgetreten sind, ist eine politische Amnestie vorgesehen. Auch Anführern, welche aus dem besetzten Gebiet kommend, die Waffen zum Kampf gegen die Polen ergriffen hatten, ist volle Straffreiheit zugesichert. Sie können unbeschadet auf ihre Scholle zurückkehren. Alle Pachtverträge, auch die der Domänenpächter, werden weiter Geltung behalten. Es werden zurzeit mit voller Rücksicht auf Erlöse Verhandlungen, monach diejenigen Anführer und Beamten, welche nach dem 1. Januar 1908 nach Polen und Westpreußen gekommen sind, in allen ihren Rechten beim in ihrem Besitzum bleiben. Der Austausch der Kriegsgefangenen wird vorbereitet. Politisch bereits abgeurteilte werden begnadigt und gegen Deutsche im besetzten Gebiet Kopf um Kopf ausgetauscht, sobald die deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit zur Gegenseitigkeit anerkennen werden haben wird. Die damit verbundenen Maßnahmen werden einheitlich durchgeführt.

Die Anklage gegen den Kaiser.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Amsterdam, 8. Juli. (Eig. Draht.) Die Londoner „Daily News“ berichtet: Wenn Holland der Auslieferung des Deutschen Kaisers zustimme, so werden die Vorbereitungen der Zusammenkunft des internationalen Gerichtes mehrere Monate dauern. In englischen Regierungskreisen glaubt man, daß ein hoher britischer Richter den Vorsitz beim Gericht führen wird. Der frühere Richter Hamilton, jetziger Lord Sumner, wird den Doppelpost innehaben. Der Kaiser wird seinen eigenen Anwalt haben. Dem Kaiser wird ausschließlich die Verletzung der Neutralitäten Belgiens und Luxemburgs zur Last gelegt. Die Alliierten beschuldigen nicht, ihn wegen der Verletzung der Kriegsbrände zur Verantwortung zu ziehen. Dafür haben sie andere Personen im Auge. Ansehend sind die Alliierten jetzt mit der Prüfung der Prozedur beschäftigt.

Englische Stimmen gegen ein Verfahren.

Amsterdam, 7. Juli. Der Londoner Vertreter des „Telegraph“ meldet: In der englischen Presse werden Stimmen gegen die gerichtliche Verfolgung des früheren Deutschen Kaisers laut. Es wird die Frage aufgeworfen, ob es ratsam sei, einen formellen Prozeß gegen ihn zu führen und ob es verständig wäre, ihn zu einem Märtyrer zu machen. „Daily News“ meint, daß der Verlust des Thrones schon Strafe genug sei. Der frühere Auslandsredakteur der „Times“, Sir Valentine Chirol, schreibt, daß die preussischen Junker die Gelegenheit benutzen würden, um den Kaiser der Vergangenheit zu entrücken. Andere betrachten London nicht als den geeigneten Ort für den Prozeß. Gibson Bowles schreibt: „Nur England der Gefangenen Mörder von Europa.“ St. Helena und Spago Wör sind keine Erwähnungswürdigen. „Evening Standard“ schreibt: Jeder ehrliche vorkriegsrechtliche Mann sei von der Schuld des früheren Kaisers überzeugt. Warum sich nicht damit begnügen und kurzen Prozeß machen? Die Welt hat Wichtigeres zu tun. Das Blatt wünscht eine genaue Untersuchung der in Betracht kommenden Dokumente, der das Urteil auf dem Fuße folgen muß. Die Anwesenheit des Angeklagten ist nicht notwendig. Trotz dieser Auslassungen herrscht in gut unterrichteten Kreisen die Ansicht, daß der Prozeß dennoch stattfinden werde.

Die Prozeßvorbereitungen.

Der Parlamentsberichterstatter der „Times“ erzählt, daß der kleine Kabinetsausschuß und einige Rechtsgelehrte damit beschäftigt sind, für die englische Regierung einen Bericht über alle Fragen, die mit dem gerichtlichen Verfahren gegen den früheren Deutschen Kaiser und die anderen zusammenhängen, die der Heberzeugung der Befehle der Kriegführung beschuldigt werden, aufzustellen. In diesem Bericht werden einige unsichere Punkte aufgeführt. Es wird erklärt, daß kein bestimmtes Gesetz für die Bildung der militärischen Gerichtshöfe notwendig sei, vor denen die weniger hochgestellten Deutschen erscheinen sollen. Diese Gerichtshöfe sollen durch königliche Verordnung ernannt werden. Zweitens wird in dem Bericht gesagt, daß der Prozeß nicht im Namen des Völkerbundes geführt würde.

Paris als Forum.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Genf, 8. Juli. „Echo de Paris“ schreibt, daß die Prozesse gegen die deutschen Generale in Paris durchgeführt werden. Paris würde das Schauplatz erleben, etwa 60 Generale als Angeklagte zu sehen. Die ersten Prozesse gegen die Mitglieder des deutschen Generalstabes würden Ende September vor sich gehen.

Rosenhagen, 7. Juli.

Aus einer Reutermeldung geht hervor, daß fast alle Persönlichkeiten, die mit dem früheren Kaiser vor den internationalen Gerichtshof gestellt werden sollen, sich wegen angeblicher Vergehen gegen die völkerrechtlich festgelegte Seekriegsführung zu verantworten haben. Von den 77 deutschen Personen, gegen die die Anklage erhoben sein soll, sind über 50 Angehörige der deutschen Kriegsmarine. Bei diesen handelt es sich hauptsächlich um Unterseeboots-Kommandanten und Angehörige der Luftstreitkräfte zur See.

Englands Friedensfesttag.

London, 8. Juli. Im Unterhause gab Bonar Law bekannt, daß Sonnabend, der 10. Juli, zum öffentlichen Festtag für die Begehung der Friedensfeier ernannt werden wird.

Spartakistische Ausschreitungen in Hannover.

Hannover, 8. Juli. Die gestern abend auf dem Bahnhof eingetroffenen Truppen wurden von dem Gefolge lärmig angegriffen, welches versuchte, ihnen die Waffen abzunehmen, worauf die Truppen von der Waffe zur Selbstverteidigung Gebrauch machen mußten. Leider sind dabei einige Tote und Verwundete zu beklagen. Wie der „Dann. Kur.“ dazu weiter meldet, zog nach den Gewalttaten auf dem Ernst-August-Platz eine Anzahl von Spartakisten nach dem Schloß und holte dort Gefangene heraus. Hierauf zog die Menge vor einige Polizeireviere, um dort nach Waffen zu suchen, und schließlich nach dem Militärgefängnis, wo ihr die Wache die Waffen ohne Widerstand überließ. Hierauf erzwangen sie den Einlass und befreiten sämtliche Gefangene. Die Gerichtsakten wurden in der Hallerstraße verbrannt. Rumor begab sich der Mob nach dem Zellengefängnis, wo Reichswachttruppen und Schutzleute ihnen entgegenzogen. Es entwickelte sich ein Feuerkampf, bei dem mehrere Tote und Verwundete erlitten. Die Ausschreitungen wurden durch die Polizei beendet.

Die wirtschaftliche Lage in Italien.

Die Verschlimmerung der Situation im italienischen Königreich läßt die Vermutung zu, daß das Land einer Katastrophe entgegensteht. Der Abfall vom Dreibunde dürfte sich noch schwerer rächen. Die Wut gegen die Franzosen steigt, je mehr sich herausstellt, daß die französische Regierung den Aufstieg Italiens hindern will. Die Zusammenstöße zwischen italienischen und französischen Truppen häufen sich, und es ist nicht ausgeschlossen, daß es um Rome noch zu einem schweren Kampfe kommt. Wohlthut, der den Dreibund aufrecht erhalten und gestützt auf Deutschland, die Weltmachtstellung Italiens sichern wollte, wird noch recht erhalten, denn schon befinden sich seine Vertrauensmänner in der Regierung. Im Lande mehren sich die Klagen darüber, daß Italien noch keinerlei Maßnahmen zur Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland getroffen habe. Betont wird, daß sich das ganze innerheimische Occupationsgebiet immer mehr zu einem Prädenverlande entwickle, in dem große Warenmassen zum Transport nach Osten bereitgestellt werden. Während hier England, namentlich aber Amerika die Führung hat, häuften Frankreich in Elbas-Vorbringen besonders Web- und Wirtwaren an. Italiens Produktionsfähigkeit hingegen ist durch die außerordentliche Vertierung der Produktionskosten vermindert, die auf die hohen Lohn-erhöhungen zurückzuführen ist.

Es zeigt sich in Italien die gleiche Erscheinung wie in Deutschland. Während des Krieges war Italien für Einfuhr und Ausfuhr fast völlig auf den Seetransport angewiesen und litt somit durch das häufige Abnehmen des Schiffsraums unter einer Art Blockade. Die Folge war die Teuerung namentlich auch der Lebensmittel, die zu hohen Lohnforderungen führte. An eine Konkurrenz mit England, Frankreich und namentlich Amerika, das bereits ein ausgebreitetes handelspolitisches Invasionsprogramm aufgestellt hat, kann Italien nicht denken. Nach der Ansicht italienischer Wirtschaftspolitiker ist die ernste Lage, in der sich Italien seit befindet, nur dann zu beheben, wenn sich die Arbeiterklasse zu verstärkter Fabrikation entschließt, der Staat sich aber seinerseits aufs äußerste anlegen sein läßt, eine Erwerbslosen namentlich der Lebensmittelpreise herbeizuführen. Das „Regiere“ Italien leidet demnach unter ganz ähnlichen Schwierigkeiten wie das angeblich „besetzte“ Deutschland, und es ist nur zu hoffen, daß die gleiche Not die beiden durch Wilson und die Schwäche Genadführten zu gegenseitiger Unterstützung wirtschaftlich zusammenführt. In Italien sieht es allerdings im Augenblicke ebenso düster aus wie in Deutschland.

Bern, 8. Juli. Die Regierungsverordnungen über die Preisüberhebung der Lebensmittel und Bedarfsartikel haben in den meisten Städten Italiens zu einer Beruhigung geführt. Unruhen größeren Umfangs sind am Sonntag nur in Mailand und Turin vorgekommen, wo zahlreiche Geschäfte geplündert wurden.

Die italienisch-französische Spannung.

Bern, 8. Juli. In Rom ist es am Sonntag wieder zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und der französischen Besatzung gekommen, wobei Franzosen Handgranaten warfen. Französische Geleise wurden von der Bevölkerung mißhandelt und auf die Schiffe verladen. Der französische Kommandant konnte sich nur durch Eingreifen des italienischen Besatzungsoffiziers der Täuschlichkeit entziehen. Nach dem „Secolo“ hat die Erregung einen derartigen Grad erreicht, daß das Schlimmste befürchtet werden muß. Die Bevölkerung fordert die sofortige Zurückziehung der Franzosen, von denen 7 getötet und 20 verwundet sein sollen.

Wien, 7. Juli. Das Korz-Bureau meldet aus Agrum: In den letzten Tagen und namentlich am Donnerstag kam es in Agrum zu großen Ausschreitungen. Ein Freiwilligenbataillon, welches gebildet worden war, um den Befehlen der Friedenskonferenz, die den italienischen Wünschen widersprechen, bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen, griff englische und französische Soldaten an, wobei es zu regelrechten Kämpfen kam. 50 französische und englische Militärpersonen wurden verwundet und 5 getötet. Im kroatischen Besatzbereich wurden die Völkler Clemenceau und Hochs verbrannt und Schmährufe gegen Frankreich ausgehoben. Am Freitag besetzten drei Bataillone der regulären italienischen Armee die Straßen und Plätze.

Bern, 7. Juli. Die französische Presse befaßt sich eingehend mit den durch die südliche Frage verursachten Konflikten zwischen Frankreich und Italien und weist darauf hin, daß gegenwärtig eine Lösung angeht wird, die Italien gewisse Konzessionen in wirtschaftlicher Hinsicht machen wird. Eine Einigung ist bis jetzt noch nicht zustande gekommen, obgleich der italienische Außenminister Tittoni am Sonnabend und Sonntag längere Besprechungen mit Andreä Tardieu hatte. Im übrigen ist das Adriaproblem noch so ungelöst, daß in dem für Österreich bestimmten Friedensvertrag der Paragraph, der das Schicksal Tiemes regeln soll, als einziger Bedingung zurückgestellt ist und zwar so lange, bis die Alliierten sich geeinigt haben.

Serbien und die mazedonische Frage.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)
Budapest, 8. Juli. Aus Sofia wird gemeldet: In dem Blatte des Ministerpräsidenten Gschow, „Mir“, wurde eine Erklärung des serbischen Ministerpräsidenten über die mazedonische Frage veröffentlicht, in welcher es heißt, daß eine Vereinigung mit Jugoslawien ausgeschlossen ist.